

Politiker wollen Jugendring-Defizit nur zu einem Teil abdecken

SPD: „Unverschuldet in Not“ / Bürgermeister: „Ein Arbeitgeber muss das wissen“

Obernkirchen (sig). Den Jugendring wird es nicht freuen: Die Mehrheit des Finanzausschusses hat sich nicht bereit erklärt, dessen Defizit in Höhe von 8900 Euro im vollen Umfang auszugleichen. Auf Antrag von Beate Krantz, Sprecherin der Gruppe "Mitte", soll der Jugendring lediglich 5000 Euro erhalten.

Die Sozialdemokraten befürworteten eine volle Bezuschussung mit dem Hinweis darauf, dass der Jugendring unverschuldet in diese Notlage geraten sei. Diese Begründung wollte Bürgermeister Horst Sassenberg so nicht gelten lassen. Als Arbeitgeber müsse man wissen, dass im Öffentlichen Dienst Weihnachtsgeld gezahlt werde. Auch über die richtige Einstufung einer Mitarbeiterin müsse man sich im Klaren sein, unterstrich das Stadtoberhaupt bei seiner Bewertung der beiden Hauptgründe für die Finanzierungslücke.

"Wir müssen überall Ausgaben reduzieren, der fehlende Restbetrag muss eben vom Jugendring eingespart werden", begründete Beate Krantz ihren Antrag.

Peter Rudolf (CDU) sprang ihr in die Bresche: "Ich sehe da einen Präzedenzfall. Wir können nicht viele berechnete Begehren ablehnen und hier alles gewähren."

Als etwas später die umstrittenen Ausgaben für die externe Beratung der Stadtverwaltung von der Mehrheit beschlossen wurden, erklärte Thomas Mittmann (SPD) als Sprecher der Opposition: "Auf der einen Seite heißt es, dass wir kräftig sparen müssen, auf der anderen werfen wir das Geld dafür heraus und geben nicht dem Jugendring, was er benötigt." Einig war sich der Ausschuss jedoch bei der Gewährung des noch ausstehenden Zuschusses von 24 700 Euro zu den Personalkosten des Jugendringes. Das Geld, das für eine im Mutterschaftsurlaub befindliche Mitarbeiterin der Jugendpflege eingeplant war, soll außerdem bis zum 21. November 2005 für die frühere ABM-Kraft des Jugendringes bereitgestellt werden.

Es bleibt 2004 auch bei dem vorgesehenen Basisbetrag für die Arbeit des Jugendringes in Höhe von 20 000 Euro.